Demokratisch denken

Netzwerk Volksabstimmen über Volksabstimmen, Diskurs

„Ich kann zusehends verstehen, dass man sich in politischer Enthaltsamkeit übt, in apolitischer Wahrnehmung der Wirklichkeit und sich angesichts der Situation, des gesellschaftlichen Zustands und der Realpolitik angewidert abwendet. Aber – es hilft nichts“ Anonymer Zeitgenosse.

Aufhören das Falsche zu tun – und demokratisch denken zu lernen. Aufhören, das offenkundig Falsche zu tun und zu beschließen bzw. zu veranlassen, und das, was zu tun ist, demokratisch zu bearbeiten. Das bedeutet unter anderem es einsehbar und nachvollziehbar machen, diskutier- und bearbeitbar - und demokratisch zu entscheiden, sprich bis auf weiteres.
Entscheiden? Sofern Strukturen betroffen sind, deren einrichten und instituieren, nie definitiv bzw. ein für alle Mal, denn das widerspricht dem zentralen Charakteristikum von Demokratie und der Sterblichkeit jener Lebewesen, die einen Demos bzw Souverän (bilden) formen.

Entscheiden - vom Denken her? Demokratisch entscheiden heißt zuallererst und zunächst es auch anderen zuerkennen. Als Möglichkeit und Recht, das zu tun und zu „initiieren“. Nicht mehr und nicht weniger. In Verbindung mit der Sterblichkeit ergibt sich daraus eine gewisse Vorläufigkeit demokratischer Entscheidungen, die im Wesen von Demokratie, hier verstanden als die Werte und Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Zeit zu Zeit auszuverhandeln und zu entscheiden, liegt. Das heißt auch: es kann keine definitive Systementscheidung über die Köpfe der Demokratinnen und Demokraten hinweg geben, so es gibt, ist sie undemokratisch und verletzt die freiheitliche demokratische Ordnung – ua in deren grundlegenden Prinzipien.

Hinter uns liegen drei Jahre einer Erfahrung bzw. eine erste Etappe unseres Engagements für das allgemeine, gleiche und freie Stimmrecht, in der wir Bekanntschaft mit zwei seltsamen Phänomenen schließen konnten, Hürde in der Mentalität und Psyche vieler einzelner Personen („ka ma eh nüt tua“ und „bringts net“) und eine Art gläserne Decke, die in der Demokratie als Staatsordnung (bürgerliche Partizipation ist nur bis zu einem gewissen Grad erwünscht, vorgeschobene Riegel beruft sich auf Prinzipien und Verfahren, die zu einem guten Teil allerdings undemokratisch sind, und ein genaue Analyse und Betrachtung erfordern) eingezogen ist. Zwischen Hürde und gläserner Decke zu unterscheiden - Hürde und Blockade im Einzelnen und gläserne Decke im demokratischen System und seiner Autorisierung, in dem komplexe und komplizierte Fragen warten, ua die nach Interessen, Eliten und Diktion.

Walgauwind und Demokratie. Demokratisieren der Verfassung?

Das Netzwerk Volksabstimmen über Volksabstimmen steht für: Verfassung ändern?
Diese Mauerblume ist ein Himalaya.

Der Wirklichkeitssinn sagt, auch wenn es undemokratisch ist, es ist wie es ist, ein allgemeines, gleiches und freies Stimmrecht ist ein Ding der Unmöglichkeit, Himalaya und Mühen der Ebene – die österreichische Realpolitik und die Trägheit der Verhältnisse und die Interessen der politischen Funktionäre und die zunehmende Unsicherheit und die Angst und so weiter und so fort. Bringt nichts, ist vergeblich, man kann nichts tun und braucht es auch gar nicht erst versuchen, es ist unmöglich, aussichts- und hoffnungslos. Ist Himalaya mit Mühen der Ebene samt dem heiligen Bürokratius, dem (Gewinnstreben /Alles-muss-verdient-sein) und der Verlustangst sowieso.

Der Möglichkeitssinn sagt, es ist möglich, weil es zutiefst demokratisch ist und weil es die Gelegenheit bietet die demokratischen Defizite der Verfassung zu beheben und sie an die Erfordernisse der Gegenwart anzupassen. Und es muss möglich sein, weil Gefahr in Verzug ist.
Kurzgefasst: Dieser Berg ist zu nehmen, weil es notwendig ist. Ja. Aber es sollte und müsste eben nicht nur deshalb sein, weil es von Tag zu Tag notwendiger wird, dringlicher und unhintergehbarer. Sondern weil es die Chance einer besseren Welt birgt und weil an dieser Veränderung teilnehmen eine sinnstiftende Aufgabe für viele sein kann. Unsere gesellschaftliche und demokratische Wirklichkeit ist gelinde gesagt: fahrlässig. Inzwischen pfeifen das schon die Spatzen vom Dach – aber es ändert sich nichts - aber wir ändern nichts. Und was sich ändert ist nicht das, was sich ändern soll und muss. Hören wir auf uns in den Sack zu lügen. (Wen und was wählen?)

Mit uns und nach uns und neben uns die Sintflut: enkeltauglich und nachhaltig: Verzeih. Was geht‘s mich an. Ich und die meinen, es geht uns gut. Und: überfordert (Gefühlslagen und psychologische Abwehr und Umgangsmechanismen, wohlbekannte, oft gehörte und vertraute)

Was pfeifen die Spatzen vom Dach? Wir spielen mit der Wahrheit, wir wissen, wir können nicht so weitermachen und trotzdem tun wir es, wir wissen, das unser tagtägliches Tun in Summe und in Wahrheit die Lebensgrundlage zerstört und wir tun es trotzdem, und die Wirklichkeit wird zeigen, wie gefährlich das ist.

Lasst uns zusammenkommen und anfangen. Anfangen gemeinsam darüber nachzudenken, was wie zu tun ist. Und das herauszufinden, es uns zutrauen.

Und ginge es nur um das Abstimmungsrecht, es wäre der Berg, der eine Maus gebiert. Und wird es der Berg sein, der eine Maus zur Welt bringt?

*

Eine erste Etappe liegt hinter uns. Wir haben viel gelernt, viele Fehler gemacht, wissen genauer was wir wollen, wurden zäh und haben einen langen Atem bewiesen. Und sind zusehends an unsere Grenzen gestoßen. Inzwischen kennen wir das vermeintlich liberale politische System und wissen, was es mit den Leuten macht, die es bespielen. Sie hören zu fragen auf und werden dadurch unfrei.

Wir ziehen Lehren daraus und in dieser zweiten Etappe soll es nicht in erster Linie um die Politik und ihren Willen zur Macht (wofür und weshalb), gehen, sondern um die Leute, die Bevölkerung, die Menschen, die in Österreich leben, die hier wohnen und sich hier (aus welchen Gründen auch immer) aufhalten und um uns. Die Zivilgesellschaft und alle jene, die das Bewusstsein für das gesellschaftliche Zusammenleben und damit die Zivilgesellschaft tragen. Und zivilgesellschaftliche Governance. Und deren Vernetzung (international, postnational, global).

Um das Schaffen einer modernen Demokratiebewegung – Demokratisierung der Demokratie; der wie demokratischen Gesellschaft und ihrer Institutionen und Strukturen. Und die Frage nach der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Umweltzerstörung, kurzum, damit Frage nach der Liebe zum Leben und Fragen nach der strukturellen Gewalt (der regelbasierten Weltordnung) aufzuwerfen und sich ihr zu stellen.

Als Einzelne und gemeinsam mit anderen und gemeinsam – zu handeln, sorry, uns geht die Zeit aus.

Und die Zusammenarbeit mit den politischen Kräften zu suchen, meist sind des einzelne, die bereit sind sich, auf das einzulassen. was Demokratie uns, den Menschen, verspricht (ua gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen) und abverlangt bzw, die bereit sind, sich auf die Aufgaben einzulassen, vor denen wir als einzelne Menschen stehen – die allesamt mit der Befreiung zu solidarischer Freiheit, möglichst gewaltfreien und gerechten Verhältnissen zu tun haben.

Die bereit sind, sich auf die demokratische Bearbeitung dessen, was zu tun ist, einzulassen, und damit eine verantwortliche und modern „Repräsentation“ betreibt und lebt. Vorlebt.

Eine solidarische Gesellschaft, in der die Sehnsucht vieler Menschen nach gerechten und gewaltfreien Verhältnissen in und zwischen den Gesellschaften gelebt wird, in der nicht das Trennende in und zwischen Gesellschaften betont und verstärkt wird, sondern das gemeinsame. Und die Sehnsucht vieler nach einem naturfreundlichen Leben in einer intakten Umwelt gelebte Wirklichkeit wird. Und. Die sich gegen Nationalismus und Populismus zu wappnen versteht, und bereit ist, die eigene strukturelle Gewalt, Ungerechtigkeit und Unfreiheit anzuerkennen, - sich über sich aufzuklären - und sich an deren Überkommen, an deren Transformation, wagt.

Und woran wir als Demokratie beteiligt sind. Das kann, soll und muss allen von uns klar werden. Kann, soll und muss – auch wenn es schmerzliche Wahrheit ist (und das Verleugnen von Wahrheit macht krank, fortgesetztes Verdrängen und sich der Illusion hingeben, es wäre ihr und ihrem Recht (ihr beachtet werden wollen; unter anderem das bestimmter Gefühle), zu entkommen) und muss es auch bleiben. Darin liegt eine ethische Verantwortung (kann unter anderem auf die goldene Regel bzw. den kategorischen Imperativ zurückgeführt werden und kann hinsichtlich der sogenannten „Geburtslotterie “ betrachtet werden) von uns, als „berechtigten“ und „teilhabeberechtigten“ und in vielerlei Hinsicht „privilegierten“ Bevölkerung einer demokratischen Republik eines Industriestaates. Die politisch wirksam werden kann und soll.) Und wir sagen, bereden wir gemeinsam, wie so eine Gesellschaft verfasst werden kann. Wobei wir nicht glauben, dass es mit einer modernisierten Verfassung allein schon getan ist, aber sie ist die Ermöglichung und die Voraussetzung dafür. Vor allem für institutionelles Handeln. Handeln eines Gemeinwesens. Ist sie an und für sich Bedingung,

Zivilgesellschaft, die den Menschen in ihrer Sehnsucht nach einem sinnvollen Leben bewusst macht: es kann kein sinnvolles Leben geben, das sich an der Zerstörung der gemeinsamen Lebensgrundlage beteiligt - und das tun unsere Demokratien in einem unerhörten Ausmaß, das normal geworden scheint.

Zivilgesellschaft leistet Widerstand und wehrt sich. Sie ist gegenüber der strukturellen Gewalt obwaltender Verhältnisse emanzipatorisch. Stochert in die Mentalität samt Mindset konventioneller Moral ua alles-muss-verdient-sein bzw. alles-hat-seinen-Preis. Statushierarchie, Konsum-, Rechen-, Leistungs- und Nutzungszwängen aller Art. Die Liste ist lang. Strukturelle Gewalt umfasst gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen, Bestimmungen und Bedingungen, die einzelne Personen oder gesellschaftliche Gruppen, benachteiligen. Dazu zählen Formen der Diskriminierung wie ungleiche Lebenschancen, ungleicher Zugang zu Bildung und ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Zivilgesellschaft – als „Korrektiv“ des „institutionellen Handelns der Politik unter anderem als Regierungsverantwortung. Zivilgesellschaft als Teil der demokratischen Öffentlichkeit einer Gesellschaft. Und Zivilgesellschaft, die das lat. civilis in seiner Bedeutung von sorgen, gemeinnützig, Gemeinwohl, aufgreift. // Und dem lat cives, Bürger, den kosmopolitischen Weltbewohner beistellt. Und ihm unter anderem die Lektüre von Immanuel Kants „Zum ewigen Frieden“ und Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ nahelegt. Zwischen der Gesellschaft als Staatsgesellschaft und der Zivilgesellschaft zu unterscheiden. In ihr murmelt wer noch nie einen vernünftigen Menschen gesehen zu haben glauben konnte. Geht‘s noch. Zwischen gesellschaftskritischem Denken, Zivilisierung als sich gegen „Recht der Stärkeren“ (Finsternis) zu organisieren, Dezivilisierung und zivilisatorischer Verrohung.

Eine Geschichte und eine Erfahrung (samt Gefahren und Gefährten) in ein Zeichen zu verwandeln. In Kürzel – und dabei zart leise kaum merklich eher denn lächelnd schmunzelnd, nein, Worte fassen kein Leben und kein Lebendiges, und nein, sich dieser Illusion besser und lieber nicht hingeben, und sich nichts mehr vormachen in dieser Hinsicht und nichts mehr vormachen lassen. Gut so. In die Ordnung einer Geschichte zu bringen, das Unerzählbare zu erzählen und dabei kein Wort weder über das Zählen noch das Leben zu verlieren. Nicht wahr. Genau so. Und mehr als das, anders. Worte, die lieben. Sie schweben. Aber nie nur und nie nur ausschließlich und sie schließen nichts aus. Und sie schweben gern aus der Reihe und tun nicht so, als wären sie immer schon entstanden. Ja, auch das. 10 cm über dem Boden Liebesform als eine unter vielen anderen. Und was viele teilen, nachgerade als ihren kleinsten gemeinsamen Nenner, Körperlichkeit, Geistigkeit von Sinnlichkeit erfasst in einem Zustand, den man ironiefrei nennen kann. Was in Zeiten wie diesen in gewissen Milieus samt Ansteckungen selten der Fall. Lebendigkeit.

Praxis in der vertikalen Achse der Macht – Demokratisierung der Staatsordnung und Staatsrechtslehre im Rahmen einer verfassunggebenden Versammlung, die ein Demokratiemodell für das 21. Jhdt. erarbeitet, diskutiert und zur Diskussion stellt, die die notwendig tiefgreifende strukturelle Transformation verfassungsrechtlich absichert und ermöglicht.

Praxis auf der horizontalen Ebene – Dezentralisierung der Demokratisierung, Vernetzung von zivilgesellschaftlichem Engagement, das diese Transformation betreibt und eben ihrerseits neue und haltbare – zukunftstaugliche und ermöglichende – Praxen entwickelt, deren gemeinsamer Nenner, erhalten der Bewohnbarkeit des Planeten Erde, die, wie viele wissen, im Schwinden begriffen ist. Und eine Art Gegengewicht zur und „Kontrolle" der staatlichen Ordnungen
(und deren Unfähigkeit genau diese Bewohnbarkeit des Planeten zu erhalten) möglichst frei und ungezwungene Entfaltung von Lebewesen und Lebensgemeinschaften, convivir und ein gutes Leben für alle.

Das inkludiert anerkennen, das Gemeinwohl auf Dauer nur dann möglich ist, so es den Naturzusammenhang adäquat berücksichtigt. Umgekehrt gedacht. Und leicht missverständlich, das Gemeinwohl auf den planetaren Naturzusammenhang auszudehnen. Bzw. zu erkennen, dass es das auf eine unhaltbare Art und Weise bereits ist, dass die bestehenden Formen von Gemeinwohl und individuellem Wohlergehen vieler, mithin, dass kollektiver und privater Wohlstand auf den Naturzusammenhang ausgedehnt ist – zu einem guten Teil aus ihm generiert, von ihm erbracht. Stichwort. Auf seine Kosten erwirtschaftet, auf seine Kosten lebend, ihn ausbeuten vernutzten verschmutzen zerstören kultivieren domestizieren manipulieren verbessen usw. als Herrschaftsverhältnisse, die untereinander und miteinander konkurrieren und kooperieren; rechtlich politisch ökonomisch militärisch – unter globalisierter Technologie, Forschung und Ökonomie.

Das eröffnet gewissermaßen eine Diskussion, eröffnet sie, nimmt sie auf und führt sie fort.

Kurzfassung

Wir haben die Idee und Vision, der eine konkrete Erfahrung zugrunde liegt. Die aus einer gemeinsamen Erfahrung erwachsen sind.

Eine Idee braucht Geld, damit sie wirklich wird. Geld für eine professionelle Kampagne, die unser Anliegen übersetzt, und eine breite Diskussion der demokratischen Öffentlichkeit entfacht.

Wir wissen, was übersetzt und vermittelt werden soll.

Idee und Vision:

- Ein allgemeines, gleiches und freies Stimmrecht, das sich gemäß den zwei elementaren Formen der bürgerlichen Teilnahme am demokratischen politischen Prozess, Wahlen und Abstimmungen, in ein Wahlrecht und ein Abstimmungsrecht gliedert (- als ein solches entspricht es dem demokratischen Menschenrecht in Artikel 21 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte).

- Modernisierung der Verfassung in den drei grundlegenden Verfassungsaufgaben (- Grundwerte, Spielregeln des Zusammenlebens, Staatsordnung) per verfassungsgebender Versammlung unter Beteiligung der repräsentativen Politik, der Bürgerschaft und der avancierten Expertise. Ausarbeitung eines Vorschlags und Modells für eine Demokratie, die den Anforderungen des 21. Jhdt. bestmöglich entspricht und der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird.

- Kampagne für eine verfassungsgebende Versammlung

Konkrete Erfahrung: Initiieren und Tragen der Volksabstimmung Ludesch (2018 – 2019), Aufhebung der Rechtsgrundlage derselben durch den VfGH (2020), Teilnahme an politischen Initiativen zur Wiedereinführung des bürgerlichen Volksabstimmungsrechts in die Bundesverfassung (auf sämtlichen Ebenen der Republik Österreich - Resolution von Gemeinden, Beschlüsse von Vorarlberger Landtag, Bundesrat und Nationalrat), inklusive des vom Bundesverfassungsgesetzgeber beauftragten Länderdialogs, die allesamt versanden (2021-2024). Ins Leben rufen einer Demokratiebewegung in Vorarlberg, und Gründung des österreichweiten Netzwerks Volksabstimmen über Volksabstimmen als zivilgesellschaftlicher Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie.

Grundgedanke. Das Verharren im Status Quo verschärft die Krise der Demokratie. Demokratisierung des politischen Prozesses durch Ermächtigung der Bürgerschaft zur gleichberechtigten Teilnahme am politischen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum. Vertrauen und Augenhöhe als Basis von demokratischen Prozessen, statt Vertiefung des gegenseitigen Misstrauens - des Staates gegen die Bevölkerung und der Bevölkerung gegen den Staat bzw. die Politik - ua per Oben Unten Polarisierung.

Vorschlag Art.1 B-VG „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus, teils durch Abstimmungen und teils durch Wahlen.“

Von Mauerblumen im Gebirge

Diese Zeilen erzählen von einer gemeinsamen Erfahrung. Ihre wichtigste Erkenntnis ist eine einfache: Wir sollten miteinander und zueinander sprechen und wir müssen in ein substanzielles Gespräch darüber kommen, in welcher Demokratie können und wollen wir leben. Angesichts der globalen sozialen und ökologischen Krise.

Ein solches Gespräch fragt nicht nur nach dem Erdgeschoss, der Belle Etage, den Stockwerken und dem Dachboden von gesellschaftlichen Weltgebäuden, sondern auch nach dem Keller und dem Fundament der freiheitlichen demokratischen Ordnung und ihrer Rechtsherrschaft, sie fragt nach dem, was ihr unterworfen und unterstellt ist, und erinnert an Blicke.
Es fragt nach dem Verhältnis zwischen Menschen und ihren Gesellschaften, dem zwischen Tieren und Menschen, zwischen Menschlichen und Nicht-Menschlichen Lebewesen und ihren Lebensgemeinschaften, es fragt nach dem Recht von Menschen, von Menschen gemacht und ausverhandelt, den Menschenrechten, den Tier- und den Pflanzenrechten, kurz, nach dem Recht von Lebewesen auf möglichst freie und ungezwungene Entfaltung. Es fragt nach dem Leid - nie nur als der gemeinsame Nenner des Lebendigen aber immer auch. Und es hält mit Hunger einmal mehr inne und steht sehr plötzlich vor Gewalt und der verwalteten Welt. Kurzgefasst. Was ist die Verantwortung einer demokratischen Gesellschaft für den Erhalt der Bewohnbarkeit des blauen Planeten namens Erde. Verantwortung: politisch, rechtlich, ökonomisch, ökologisch – individuell und kollektiv.

Wovon die Rede ist – vom Entzug eines demokratischen Grundrechts durch den Verfassungsgerichtshof. Von den vergeblichen Versuchen es wiederzuerlangen und den im Laufe dieser Geschichte gewonnenen Erfahrungen und Einsichten. Das genannte Recht wurde der Vorarlberger Landesbürgerschaft entzogen und wird dem österreichischen Wahlvolk vorenthalten. Mittel zum Zweck war eine Serie von VfGH-Entscheidungen.
Sie werfen grundsätzlich Fragen auf, denen wir in unseren Texten nachgegangen sind, sie wurden analysiert, und, wenn man das so sagen und schreiben kann, zu Ende gedacht. Wir weisen in ihnen darauf hin, dass eine eigentümliche Sache in Gange ist, über die im Zusammenhang mit der vielbesprochenen Krise der Demokratie nicht viel geredet wird. Das darf bei ihrer Tragweite erstaunen. Unsere Formel für diesen Sachkomplex, weder bestimmt das Recht die Politik noch die Politik das Recht - und am allerwenigsten in Demokratie genannten Herrschaftsformen

Wie auch immer. Wovon dir Rede ist? Von einem allgemeinen, gleichen und freien Stimmrecht, das sich gemäß den beiden elementaren Bereichen der bürgerlichen Teilnahme am politischen Prozess, Wahlen und Abstimmungen, in Wahlrecht und Abstimmungsrecht gliedert. Das als solches dem demokratischen Menschenrecht entspricht, das in Artikel 21 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist.
Und von einer verfassungsgebenden Versammlung, die die Verfassung in ihren drei wesentlichen Aufgaben demokratisiert und die tiefgreifende strukturelle Transformation, die unsere Gesellschaft zu durchlaufen angefangen hat, verfassungsrechtlich ermöglicht und absichert.

Nach weitgehend in Vergessenheit geratenen Kämpfen um Bürgerrechte ist das allgemeine Wahlrecht verfassungsrechtlich verankert und garantiert. Es gilt gemeinhin als selbstverständlich gegeben.

Das Abstimmungsrecht hingegen ist eine Art Gläserne Decke in der Demokratie und ihrer verfassungsrechtlichen Ausgestaltung als Staatsordnung. An ihm scheiden sich die Geister.

Wir denken – in demokratische und nicht-demokratische, in kommt drauf an demokratische und je nach Demokratieverständnis demokratische, in sich für demokratisch haltende und in sich demokratisch gebende, in scheindemokratische und undemokratische, sowie in demokratisches

Denken übende und sich darin verwirklichende und sich und es dadurch weiterentwickelnde. Dazu Genaueres dazu etwas später.
Grob vereinfacht. Es soll es nicht geben – es gibt es nicht – und es wird es nicht geben. Es sind massive Verhinderungskräfte am Werk, drunter solche, die sich als demokratische verstehen. Allein - wie haltbar ist ihre Position? Unsere Formel für diesen Sach- und Fragenkomplex lautet. Ratsam ist nicht nur den Feinden der Demokratie auf die Finger zu schauen, sondern auch den Freunden - und mehr noch ihnen beim Denken zuzuschauen.

Das Abstimmungsrecht hingegen ist noch nicht in der Verfassung festgeschrieben. Um das allgemeine Abstimmungsrecht in der Verfassung zu verankern, braucht es eine Verfassungsreform. Und da das „demokratische Prinzip" der Verfassung davon betroffen ist, handelt es sich um eine sogenannte „Gesamtänderung der Bundesverfassung". Das bedeutet, um den Änderungsvorschlag der Verfassung in Kraft zu setzen, reicht eine 2/3 Mehrheit im Parlament (dem Bundesverfassungsgesetzgeber) nicht aus. Im Rahmen einer sogenannten „obligatorischen Volksabstimmung" muss der Vorschlag der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Detail am Rande. Das ist einer der Gründe, warum sich unser Netzwerk den Namen „Volksabstimmen über Volksabstimmen" gegeben hat.

Unser Netzwerk ist der Ansicht, wir, das Stimmvolk und die interessierte Bevölkerung, sollten daraus eine Gelegenheit machen und die Verfassung an die Erfordernisse der Gegenwart und damit an jene des 21. Jhdt. anpassen. Dabei sollten wir alle drei Aufgaben einer Verfassung besprechen und bedenken.

- die Grundwerte unseres Zusammenlebens formulieren,
- die Spielregeln unseres Zusammenlebens ausverhandeln,
- die Staatsordnung demokratisieren und vereinfachen

Der Vorschlag wird auf einer verfassunggebenden Versammlung ausverhandelt, an der Bürgerinnen und Bürger, Berufspolitik und Fachleute teilnehmen. Bürgerräte bearbeiten – gemeinsam mit Fachexpertise und Parteipolitik – auf einzelne Themen bezogene Vorschläge bereits im Vorfeld demokratisch. (Per Konsensieren potentiell mehrheitsfähig gemachter Vorschlag). Auf der verfassungsgebenden Versammlung werden die einzelnen Vorschläge zusammengezogen und zu einem ausverhandelt, der dem Bundesverfassungsgesetzgeber (Nationalrat) und der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird.

Dieser verfassungsgebenden Versammlung geht eine öffentliche Diskussion voraus und begleitet sie. Eine Kampagne wird dabei helfen, diese Diskussion möglichst breitenwirksam in Gang zu bringen. Demokratie geht uns alle an. Und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Kampagne für ein Abstimmungsrecht und seine verfassungsrechtliche Absicherung per verfassungsgebender Versammlung, die die Verfassung bestmöglich auf die Erfordernisse des 21. Jhdt. vorbereitet. Mit zwei Kernaufgaben: Öffentlichkeit für das Thema schaffen. Sowie sensibilisierendes und kritisches Bewusstsein. Eine zivilgesellschaftliche Kampagne, an der sich die demokratischen Kräfte in der Politik beteiligen können. Offen für die demokratischen Kräfte in der Politik - und zwar über ideologische Parteigrenzen und Parteiräson hinweg. Unter dem Motto: gemeinsam für die notwendige Modernisierung der österreichischen Demokratie, angesichts der globalen sozialen und ökologischen Krise und ihrer regionalen und lokalen Auswirkungen.
Bedeutet: Absehen von tagespolitischen, gebietskörperschafts-, partei- und machtpolitischen Interessen und Agenden. Sorry, das hatten wir schon (2005). Denken in Vor- und Nachteil auf den Prüfstand stellen, und damit auch das Verfolgen des Eigennutzes von Gruppen, verschiedenen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Einzelnen. U. a. als zentrales Strukturelement der

modernen Gesellschaft. Sichern und Verrechtlichen, per Ein- und Ausschluss. Noch einmal – der Prüfstand ist die globale soziale und ökologische Krise und ihre regionalen und lokalen Auswirkungen. Die immer schon allzu Vertrautes hören, wie: das ist alles viel zu groß gedacht, viel zu abstrakt und zu weit weg von der Lebensrealität der Leute. Das betrifft sie nicht, macht die Betroffenheit nicht sichtbar, das interessiert sie nicht und erreicht sie nicht. Und sie wehren es ab und wollen und können nichts davon hören. Sie brauchen positives. Usw. usf.

Ein erster Schritt ist die – gesellschaftliche – Überzeugungsarbeit. Erkennen und Anerkennen der Notwendigkeit

- einer Modernisierung der Verfassung in ihren drei grundlegenden Aufgabenbereichen (Verfassungszwecken) und

- dass der demokratisch angemessene Weg, das zu bewerkstelligen, das Einberufen einer verfassungsgebenden Versammlung ist.

Eine konkrete Forderung - Verfassungsgebende Versammlung. Sowie darlegen und klarmachen, warum eine Verfassungsänderung notwendig ist – überfällig. Inkludiert das Überkommen wohlbekannter Gemeinplätze und Vorbehalte, die gegen direkte Demokratie insbesondere gegen Volksabstimmungen sprechen sollen, es bei genauerem Bedenken aber nicht tun.

Demokratische Gründe; Vertrauensverlust in die Demokratie wird zusehends gefährlich; Reformbedarf der Verfassung selbst und die Weltlage

Darüber, dass die Bundesverfassung modernisiert gehört, sind sich weite Teile der Politik und der Fachwelt einig. Der letzte Versuch wurde per Verfassungskonvent 2005 gestartet und ist aus mehreren Gründen gescheitert. Aus den damals gemachten Fehlern gilt es zu lernen und der Reformbedarf ist seitdem nicht kleiner geworden, im Gegenteil, er ist gestiegen.

*

Wie die verfassungsgebende Versammlung, die Bürgerbeteiligung und die Zusammenarbeit zwischen ihr, der Politik und den Fachleuten ausgestaltet wird, ist Gegenstand von Verhandlungen, und wird sich – unter Berücksichtigung der Praktikabilität, des Gehörtwerdens und der Wirksamkeit – weisen.

An dieser Stelle sollen einige Überlegungen und Gedanken genügen.

Eine verfassungsgebende Versammlung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedarf einer wohlbedachten und sorgfältigen Vorbereitung. Ein hier die Bürger, da die Politik und dort die Expertise soll vermieden werden. Grundgedanke: An dem, was die Bürgerversammlung bzw. der Bürgerrat erarbeitet, soll die Politik und die avancierte Expertise bereits beteiligt sein bzw. umgekehrt. Wichtig ist, dass nicht jede (repräsentative) Gruppe separat einen Vorschlag ausarbeitet, sondern dass sie interagieren und miteinander beraten und besprechen, was sie (als eruierten Konsens) verfassungsrechtlich abgesichert und ermöglicht wissen möchten und wie sie es ausgestaltet und formuliert zur Abstimmung durch den Souverän freigeben können.

Die an der verfassungsgebenden Versammlung beteiligten Bürger könnten neben individuellen Standpunkten von vorangehenden und auf spezifische Themen bezogenen Bürgerräten erarbeitet Vorschläge einbringen. Ein Bürgerrat zum Beispiel für ein modernes längst überfälliges Staatsbürgerschaftsrecht könnte bereits divergierende (partei)politische Positionen und kritische Fachexpertise (in tiefgreifenderem Ausmaß als bislang üblich) mit einbeziehen. Damit zeichnet sich

ein wichtiger Gedanke an. Gemischte Gruppen. In ihren Vorstellungen (inneren Repräsentanzen sowie Verkörperungen) und Interessen, in den Ausrichtungen ihrer Wahrnehmung, in den Bedingungen und Bestimmungen ihres jeweiligen Seins und Bewusstseins. (Je anders positioniert, gemeint, kategorisiert und identifikatorisch unterwegs, verfasst.)

Praxis – wie groß sind sie am besten, um beweglich, frei, effizient und effektiv zu arbeiten, um Willensklärung und Ideenlabor zu sein. Um einander in ein Hören zu bringen, das mit Einsehen und Empathie verbunden ist, mit Rücksichtnahme und Willensbildung. Um kollektive und individuelle Intelligenz zu motivieren und auszuschöpfen, zueinander reden, Genauigkeit und sprachliches Denken zu Tage zu bringen und zu fördern. Wie unterschiedliche – und wann wird die Unterschiedlichkeit zu groß, beginnt statt belebend und eigenes erweiternd, hemmend zu wirken, kontraproduktiv einander blockierend, hintertreibend, intrigierend usw. in übliche Machtspiele verwickelt zu werden. Wann werden Differenzen zu groß und unüberwindlich, um „etwas als gemeinsame Sache“ voranzubringen?

Verkürzt. Statt die Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen, per: sind unfähig gute demokratischen Entscheidungen zu treffen, sind unfähig demokratische Kultur zu üben, sind unfähig sich selbst gesetzliche Regularien und Bestimmungen auszuverhandeln und zu geben, sind unverständig in der Sache - Sachmaterien sind zu komplex und kompliziert – und sind nicht fähig bzw. willens es zu werden, es zu üben. Sind nicht in der Lage selbstständig zu denken und öffentlichen Gebrauch ihrer Vernunft bzw. ihres Verstandes zu machen (für Kant das Merkmal von Unmündigkeit) usw. usf. und müssen daher zu Recht repräsentativ vertreten, verhandelt, regiert und beherrscht werden.
(Samt Beschwörungsformeln - alte Leier in neuen Kleidern – Demokratie, sie und wir, müssen vor populistischer und demagogischer Stimmenfangpolitik und Verführung (durch demagogisches und populistisches, reaktionäres und autoritäres) ... - und als sagte das keiner, – so möchte es scheinen - per Vorenthaltung von grundlegenden demokratischen Rechten - geschützt werden. Und das gewiss nur zu ihrem Wohle und Besten. Gemeinhin unter Berufung auf ua die divergierende Interessenslage, die komplexe Materie, die anonyme Massengesellschaft, der moderne Flächenstaat, die Bereitschaft der Teilnahme usw. gelegentlich auch - bei Volksabstimmungen gewännen meistens die finanzstarken Interessen, die mangelnde Wissen und Sachkompetenz des Stimmvolks etc. hier als Stichworte zu wohlbekannten Gemeinplätzen, die Grundlegendes vergessen lassen bzw. nicht sehen lassen, oder auch nicht zur Kenntnis nehmen wollen bzw. eine Sicht festzulegen scheinen, die nicht sehen kann, das die – je nach Sprachmilieu ein wenig anders, variabel artikuliert – vorgebrachten Bedenken (die Gefahrenpotentiale sind) in realpolitisch weit erheblicherem Ausmaß auf „Wahlen“ und „Wahlverhalten“ zutrifft. Dazu mehr später)

Wie auch immer. Das Versprechen, die Idee und Vision von „Demokratie“ und des eben „Demokratie“ Genannten einzulösen. Sich an das Einlösen machen – im Sinne eines ausstehenden Entwickelns oder auch Erarbeitens, Und es darf einen stutzig machen, dass demokratische Argumente sich selbst bei Demokratinnen und Demokraten, die sich als solche verstehen, bezeichnen und ausgeben, nicht verfangen. Obgleich sie es „nachgerade zwingend“ müssten, in der Sachlogik von Demokratie, dem Verständnis und Konzept ihrer innersten Prinzipien. Liegend. In ihrem Wesen.

Wie können Positionen der Zivilgesellschaft und kritische NGO Positionen eingebracht werden, demokratisch bearbeitet und sich demokratisch bewähren, sprich, Widerstand abbauen, Bedenken und Einwände entkräften, andere Blickwinkel einnehmen, Zustimmung aktivieren; usw. Motivierend, anfangen; eine Mehrheit finden für verantwortliche (mündige und informierte, mündige als freie und autonome) Individuen; die den Mut aufbringen selber zu denken (Kant) und bereit sind, ihre Positionen immer wieder zu hinterfragen, sprich, nicht nur sprichwörtlich an allem sondern vor allem auch an sich selbst zu zweifeln (Marx). Sich auf Sachverhalte (komplexe Materien) einzulassen. Von sich und ihrem Eigennutzen absehen können, ihre Ängste (und ängstlichen Bedachtnahmen, die mitunter viel sehen, wo nichts ist) überkommen u.a. Eigenschaften (Qualitäten, Tugenden) mehr, an die hier kurz erinnert werden soll. Begreifen und Verstehen wollen, und: Fassen zur rechten Zeit lassen.

Wie können Minderheitenpositionen, die in der Sache notwendig sind und transformatives Potential aufweisen, mehrheitsfähig werden? Und demokratisch wirksam bzw. „berechtigt“, „in Kraft gesetzt“?

Was selbstredend noch nicht heißt, das - und das allein (eine verfassungsrechtliche Norm) - bewirke schon einen Verhaltensänderung bzw. Kulturwandel und eben den zivilisatorischen Quantensprung, den wir „benötigen“, um die Bewohnbarkeit des Planeten zu erhalten, ihr schwinden zu stoppen, sprich, eine Lebensweise zu finden, die nicht zerstört, wovon sie lebt.

Wir plädieren für kritisches Denken und damit uaa ein kritisches Verhältnis zu Recht, Rechtssphäre, Rechtsherrschaft as rule of law. An dieser Stelle sei kurz an zwei Momente erinnert. Auf der Suche nach einem anderen Recht - und so wenig Recht und Gesetz als möglich brauchen. Ein Verlegenheitsrecht sozusagen. Und eines das nicht per se (definitionem) von einer Höherwertigkeit und einem Primat menschlicher Bedürfnisse ausgeht, sondern eben auch (natürliche Lebens) Rechte Nicht menschlicher Lebewesen und Lebensgemeinschaften berücksichtigt. Insbesondere ihr Recht auf freie und ungezwungene Entfaltung.

Potentiale, Fähigkeiten und Begabungen von Einzelnen fördern, so dass sie sich gut einbringen können - im Sinne einer gemeinsamen Sache (als der nötigen gesellschaftlichen Transformation, ihrer Strukturen und Institutionen, ihrer instituierenden Macht. Und dabei zu erkennen, es ist nicht nur eine Frage des „Geldhabens“, sondern auch eine der „Macht“ - bzw. was die beiden miteinander zu tun haben -. Grob vereinfacht, wer entscheidet und wie kommt es zu Entscheidungen? Im Rahmen des Demokratischen und seiner Grenzen, verstanden als Haltung Einzelner, gesellschaftlicher Prozess bzw. Staatsform;

Instituierende Macht? Das Stimmvolk, demokratische Bearbeitung des in der Sache notwendigen und betreiben von ökologischer Aufklärung. Und das Parteienspektrum, direkt und indirekt via abgegebener Stimmen, die ihre repräsentative Aufgabe vernachlässigen, die ihr nicht gerecht werden, siehe Anmerkungen zu Repräsentation, nicht nur aufklären, sondern auch damit zu konfrontieren. Und dabei konkret zu bleiben und zu werden.

Basale, elementare politische und rechtliche Bildung und Bildung verstanden als Schaffen von kritischem und sensibilisierendem Bewusstsein, das weder durch Sein noch durch Sprache bestimmt wird oder auch ist bzw. das sich seiner Bestimmung und Bestimmtheit gewahr wird, und weder in dem einen noch dem anderen aufgeht – weder nur durch Sein noch nur durch Sprache bestimmt. Bedingt unbedingt.

Wichtig: politische Bildung meint hier keine politische Schulung in Sinne einer bestimmten politischen Ideologie verstanden als Weltanschauung; bei politischer Bildung geht es nicht um das Vertreten bestimmter politischer Überzeugungen. Ermutigung anzufangen und auf die transformative Kraft unaufhörlicher Anfänge zu vertrauen. Ermächtigung zu kritischem Denken und Selberdenken, lernen die richtigen Fragen zu stellen, sich weder vernebeln lassen noch Sand in die Augen streuen, wissen, dass geblendet sein immer dann statthat, so die Normalität und ihre strukturellen Bedingungen und Bedingtheiten als selbstverständlich erlebt und nicht hinterfragt werden. Nach dem Fragen, was Politik ausmacht und zwischen Politik als Leben in Gemeinschaft und Politik im Rahmen einer anonymen Massengesellschaft zu unterschieden lernen. Nach der Gewaltenteilung den demokratischen Institutionen ua dem Verfassungsgerichtshof als Hüter der Verfassung und ihrer Prinzipien, der Rechtsstaatlichkeit und der Frage nach der Rechtsquelle (Recht als – und daran zu erinnern, dass Recht auch eine soziale Ressource ist und nicht nun ein Staatsrecht und eine Verrechtlichung partikularer Interessenslagen). Nach der ökologischen Verantwortung einer sich als demokratisch verstehenden Gesellschaft fragen, was ein haltbares Verhältnis zwischen Demokratie und Umwelt ausmacht, worin ein freundliches und solidarisches Verhältnis zwischen den Arten besteht und ...)

Und in ein Forum – zusammenbringen – und mit verschiedenen und unterschiedlichen Interessenlagen und Konditionierungen der sie vertretenden Personen zu konfrontieren, und eben einen gemeinsamen Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Damit ua das zu betreiben, was politisches Entscheiden ist, es lernend üben und ausüben, kennenlernen und – als politische Praxis – zu verändern;

Fachleute – eine Verfassungsreform, die die tiefgreifende strukturelle Transformation erstens als notwendige anerkennt und zweitens verfassungsrechtlich zugleich ermöglicht und absichert, kommt ohne wissenschaftliche Erkenntnisse und Expertise nicht aus. Die Vermittlung (und Übersetzung)

wissenschaftliche Erkenntnis über komplexe Sachverhalte – u.a. sozio-kulturelle, ökologische und ökonomische sowie politisch-rechtliche, verstanden als gesellschaftliche Aufklärung und demokratische Bearbeitung von Sachthemen und Aufzeigen des politischen Spielraums, sind nicht nur für die gesellschaftliche Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise erforderlich, sondern vor allem auch für ihre verfassungsrechtliche Absicherung.
Ohne Hilfe und Rückgriff auf wissenschaftliche Erkenntnisse (z.B. Sachstandberichte des IOCC), die nicht ganz einfach zu lesen sind, weiß man weder über die Klimakrise noch das, was getan werden muss und kann, Bescheid. Vermittlung u.a. per Sachbuch, Vortragsveranstaltungen und kritischem Journalismus.

Fachleute als unabhängige und avancierte, kritisch denkende und eben in breitgefächertem Denken geübte, somit grundlegende Beziehungen (Zusammenhänge) erkennen könnend (und von ihnen aus zu denken in der Lage). Und von der Unhintergehbarkeit, Notwendigkeit und Chance einer substanziellen sozialen, ökologischen und ökonomischen Transformation überzeugt.
Bereit ihr Was außer Streit zu stellen (was muss und was soll transformiert werden. Um den Stier bei den Hörnern zu packen: z.B. die Wachstumsabhängigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftsweise samt ihren überkommenen Kosten-Nutzen-Berechnungsmodellen und als nicht minder brisantes Beispiel, die Geldschöpfung, das Finanzsystem und das Schema, das unsere Gesellschaft organisiert), am multiperspektiven Ermitteln des Wie interessiert, und offen für Andersdenkende.

Und: bereit sich auf demokratisches Denken einzulassen. Und demokratisches Denken und Handeln als friedfertig, gastlich, großzügig und sich für die Freiheit der Andersdenkenden und auch die möglichst freie und ungezwungene Entfaltung von natürlichen nicht-menschlichen Lebewesen und Lebensgemeinschaften einzusetzen. Um den Stellenwert des Ebengenannten auch in Zusammenhang mit der zunehmenden materiellen Ungleichheit (und der damit einhergehenden Macht in und zwischen Gesellschaften) Bescheid zu wissen.

Das hier angerissene kann als Anforderungsprofil, das Bedingungen und somit Filter artikuliert, verstanden werden. Ausschlusskriterien vor allem für Fachleute aber nicht für fachliche Expertise. Unterscheidung in was sagt wer und was nicht, und bei was kommt es drauf an, *wer* es sagt und bei was nicht? Und was sagt, was wer sagt, wem? Und sagt, was wer sagte, allein das - von wem und wem auch immer – Gesagte? Usw. usf. Unter das Sagen haben teilen. Sprachliche Aufklärung, ein Minimum. Mitunter samt, versteh ich recht?

Wie gesagt, wir stehen am Anfang – der Weg ist ein weiter – und es gilt nachzudenken, das Ge- und Bedachte sorgsam zu besprechen und zu beraten, miteinander zu entscheiden. Und sich an seine Umsetzung zu machen.

Erfahrungsoffen. Was sich aus der Praxis gelebter Realität ergibt und an Lehren aus ihr ziehen lässt, um gemeinsam „unbeirrbar, aber nicht unerschütterlich“ zu verbessern, was zu verbessern geht bzw. Gewalt und Leid zu mindern, Hunger. Und dabei auf Unvollständigkeit zu vertrauen, darauf, dass sich vieles weisen und ergeben wird. Es gilt anzufangen und eine Bewegung in Gang zu setzen, es gilt sich nicht (länger) am falschen Tun zu beteiligen, möglichst wenig zu tun, einfach zu sein und zu bleiben, sein Leben friedfertig zu führen und mit einem Grashalm im Mundwinkel spielend (zärtlich) zu kämpfen. Erinnert an Begreifen und Verstehen – wollen – von Welt und Zeit, in der ich lebe. Und keiner lebt allein in einer und allein für sich.

*

Dafür könnte das Netzwerk stehen

Für ein Demokratieverständnis, das das zentrale Versprechen und die Vision des Demokratischen nicht aufgibt. Das bei Formen demokratischer Teilhabe a. die Frage ihrer Initiierbarkeit und b. die Frage ihrer Verbindlichkeit nicht unter den Teppich kehrt. Für die das Demokratische als lebendiger Prozess, Priorität vor dem verdinglichten System (das eben kein „endgültiges“ und „ein für alle Mal entschiedenes“ ist) genießt.

Und wodurch wird das Demokratische begrenzt? Durch das autonome Individuum.
Und wodurch wird das autonome Individuum begrenzt?
Durch die Lebendigkeit – und das, was du Mitgefühl nennst? Ja. Und. Durch Solidarität auch mit der „Tier- und Pflanzenwelt“. Und die möglichst freie und ungezwungene Entfaltung der Lebewesen und Lebensgemeinschaften. Sprich. Damit. Nicht nur das Erhalten der Bewohnbarkeit des Planeten, sondern eben auch sein Gesunden, seine Regeneration fördernd.

Womit eben die sogenannte Grundlage aufbricht - das Natürliche, die Natur. Und das zur Umwelt und zum Ökologischen oder auch Biologischen gemachte. Das Verhältnis einer Gesellschaft (als nationaler und demokratischer und sozialer „sich ins Recht setzend“) zur Natur, zur natürlichen Welt und anderen Sprach- und Sachverhalten, siehst du, mehr. Grenzen, ach.

Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse als die einer Gesellschaft zu ihrer Umwelt. Mit der die Fürworte auseinanderfallen. Unter.

Und wenn man so will, könnten das zwei demokratische Gefühle (keine Politik der Gefühle aber keine Politik ohne Gefühle, keine Fühllosigkeit. Und keine Instrumentalisierung von Gefühlen weder politisch noch moralisch oder auch wirtschaftlich. Kein Geschäft mit ihnen) andeuten – Mitgefühl und Solidarität.

Demokratiekampagne, die der Einführung eines Abstimmungsrechts in die Verfassung mithin einer verfassungsgebenden Versammlung, die die bestehende Verfassung demokratisiert und erneuert vorausgeht. Unabdingbar und unverzichtbar. In einer Demokratie miteinander und zueinander sprechen und sprechen hören - eher denn füreinander sprechen und wen von uns als dieses und jenes sprechen hören.

Wir sind eine Gruppe von Leuten, die sich dafür einsetzen und die das Betreiben und Verfolgen, warum – und ich kürze ab, auch für euch, auch für dich, denn wir verfolgen ein allgemeines, gleiches und freies Stimmrecht von uns als autonomen Individuen und Einzelpersonen, die in einem demokratischen Gemeinwesen (gegenwärtig) zusammenleben, und miteinander eine Welt und (mehr als) eine Zeit bewohnen.

Wir sprechen miteinander zueinander, ua davon, dass wir nicht umhin kommen füreinander und voneinander zu sprechen, weisen aber auf ein Spiel mit Positionen und Größen hin, in das wir unter anderem per Sprache verwickelt sind. Sich dessen bewusst zu sein, gewahr zu werden, kritisches und sensibilisierendes Gewahr werden, ist eine Voraussetzung des Politischen schlechthin, genauer des demokratischen als eines friedfertigen und gastlichen.

*

Und wie es - das reaktionäre Denken, autoritäres, faschistoides als der spezifischen Historizität des 20. Jhdt. sozusagen enthobene Charakterisierung, aber im fundierten Wissen um dieselbe - erstarkt und wiederauflebt. Auch im öffentlichen Diskurs – und Personal, das den Staatsapparat in der Rahmung „liberale Demokratie“ bespielt. Und was der Staat wieder können muss und können soll,

auch wenn Grund- und Menschenrechte dadurch verletzt werden und sind. Zu Staaten, die nicht erklärten Krieg gegen „Asylanten und Migranten“ führen und welchen Raum die Migrationsfrage nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern in den Mitgliedern der Gesellschaft einnimmt.

Zu Entrechten und berechtigen. Schaffen von Rechtlosen und Entrechteten und Entrechtetem. Konflikten zwischen divergierenden Rechtsordnungen und Rechtsvorstellungen. Rechts-gemeinschaften.

Passage zu was heißt demokratisch denken und sprechen (Abgrenzen von hetzen und – den Fremden machen und den Anderen „gleichmachen“ und den Anderen zu projizieren und zu projektieren. Unter Absetzbewegungen – eingeholt. Pause. Von zwei Gefühlen und Gefühlslagen – Emphase und Solidarität – die man demokratische nennen könnte.)

Das deliberative, kompromiss- und konsensorientierte – Demokratiemodell (als staatliche Ordnung und Herrschaft) scheint sich zusehends stärker in Richtung eines dezisionistischen Exekutiv- und Maßnahmenstaates zu verändern. Demokratisch legitimierter Maßnahmenstaat. Keine offen autoritäre oder auch faschistischer Polizeistaat. An deren Regierungsspitze keine Demagogen und Populisten als Volksverführer stehen, Machtmenschen wie Erdogan und Orban versichern sich der Loyalität der Massen weitgehend ohne Zwangsmittel.

Und Berufung auf den Verfassungsstaat und einen Verfassungsgerichtshof der zusehends, wie unter der Hand, zur Rechtsquelle wird (Serie der Rechtsprechungen des VfGH als ein Beispiel unter anderen und da es genuin demokratische Materien betroffen sind: Musterbeispiel)

Was erzeugt wird – eine Art Belagerung- und Abschottungsmentalität mit „wir zuerst“ -, was zu beobachten ist - eine Aushöhlung der demokratischen Institutionen von innen (staatspolitische Kontrolle der Gerichtsbarkeit u.a. auch der Verfassungsgerichtbarkeit z.B. Pis Polen. Und davon ist weniger oft zu hören – Richterrecht (wohlgemerkt, auf der Ebene des Verfassungsgerichtshofs, der sich auf Hüten derselben und Hüten der Prinzipien der Verfassung beruft), das den demokratisch verfassten Rechtsstaat aushöhlt.) und eine stärker werdende Stimmung von „Eliten, die unter sich bleiben wollen, ihre Interessen verfolgen und die demokratischen Institutionen (beschicken) bespielen. Und zunehmende Verunsicherung und Verlustangst (drohender Verlust von Wohlstand. Und Sicherheit. Und Ordnung. Usw.) breiter Bevölkerungsschichten.

Stärkung des Einzelnen – und seines kritischen Denkens als Selberdenken und Stärkung des Mitgefühls und Gemeinsinns. Für ein neues Miteinander, das nicht auf Zugehörigkeit und Mitgliedschaft, Identität und Akkumulation von Macht abstellt, - in und zwischen Gesellschaften, die sich nur auch als Staaten organisieren.
Demokratisierung – der zentralisierten Demokratie als Staatsordnung und Staatsmacht.
Dezentralisierung der Demokratie – als zivilgesellschaftliche und zwischengesellschaftliche Macht neu und anders denken. Nicht nur als Staatsmacht im unter anderem und vor allem rechtlichen technologischen militärischen Zusammenspiel mit Wirtschaft. Und Marktmacht. Die „Nationalstaaten und unterschiedliche politische Herrschaftsformen“ übergreifenden Wirtschaftsräume; zu Dachverbänden und „überspannten Raumordnungen als Architekturen der Hierarchie und ihrer Regulierungen u.a. von Regelungen. Überschwemmungen“. **Sondern als Demokratisierung.**

*

Umriss Demokratieverständnis

Wir verstehen Demokratie nicht als einen einmal erreichten Zustand, der gewährleistet ist, sondern als eine entwicklungsfähige und veränderbare Bewegung auf „Demokratie“ hin.
Zu Demokratie als Selbsteinsetzung und Selbstregierung eines Demos und zu demokratischem Regieren, das kein herrschen ist, und das Gefälle zwischen Regierten und Regierenden, sowie die Unregierbarkeit einer Gesellschaft per Teilnahmemöglichkeiten auf Augenhöhe vermindert. Und die politische Verantwortung der Einzelnen per Teilnahmemöglichkeiten auf Augenhöhe fördert. Und sie mit den Schwierigkeiten einer politischen Willensbildung und Entscheidung in einer Sache und Sachmaterie vertraut macht. Demokratisches Leben ist etwas das geübt werden will und sich eben nicht von heute auf morgen herausbildet. Demokratische Kultur übt sich nicht nur im miteinander reden, sondern vor allem im einander zuhören. Sprich, sie übt sich im Differenzieren, im Berücksichtigen von anderen Interessen als den eigenen, im Ausgleichen divergierender Interessen, im Abwägen und eben im sich darüber klarwerden, was es bedeutet – für was und wen – in einer modernen als einer komplexen Gesellschaft (Welt) zu leben, sie ist das Gegenteil von „populistischer Schwarz-Weiß Malerei. Wie viele Proponenten des Netzwerks aus eigener Erfahrung wissen. (Zur Vielfalt von demokratischen Formen.

Was uns zunehmend verwundert – wie wenig handlungsbereites Bewusstsein im politischen Milieu über die reale Gefahr für die Demokratie, die ihr „von innen“ droht, existiert. Das, was als Verfall der Demokratie und Einbettung des Populismus (in gesellschaftliche Diskurse und demokratische Institutionen) im Gange ist, die, einmal geschehen, „unsere Gesellschaft“ eben nicht mehr so schnell loswird, wie es aus demokratischer und demokratiepolitischer Sicht im Sinne einer weltoffenen, pluralen und liberalen Gesellschaft wünschenswert ist. Zumal sich die Weltgesellschaften in einer augenscheinlicher werdenden Umbruchszeit befinden.

Kann es nicht hören – und so sie es doch hört, findet sie noch keinen Weg vom Hören und Gehörten in das Willensbilden – das nicht nur mit zweckrationalen Intentionen und Interessen verbunden ist, sondern eben mit dem, das ein Bibelwort Psalm Salomon wünscht „er möge mit dem Herzen hören“ - als ein Tun motivierendes und veranlassendes. Sich auf Gehörtes einlassend – es berücksichtigend – und in die Tat umsetzend als transformative Bewegung die „bestehende und interessierte Strukturen“ substanziell zu einem „gewollten Besseren“ verändert, das nottut. (Zum Gehörten als motivierendem)

<u>Succus einer Erfahrung</u>
Mit der Landespolitik zu tun haben bedeutet allzu oft, nach einiger Zeit nicht mehr zu wissen, worum es geht. Ständiges Ablenken vom „Thema“ und ständiges „Kleinreden“ und „Geht nicht“ färben schleichend ab – und sind in ihrer beharrlichen Penetranz, Ablenkung und Hinhaltestrategie par excellance. Nicht nur Verwässerung eines Anliegens – sondern es droht eine Klarheit in der Sache verlieren, ein Wissen, in der Sache richtig zu liegen und Recht zu haben. Sowie die Wichtigkeit und Bedeutung von etwas erkannt zu haben. Seine Notwendigkeit.

Und es droht ein kleingeistiges und kleinkariertes Denken und Dealen. Ein Ungeist - dem das Bewusstsein, um die politische Verantwortung weitgehend fehlt, befangen im eigenen Tun – fehlen von Abstand (zu nah, um es zu sehen bzw. erkennen zu können) – leben in der eigenen Blase – keine Zukunftsvision. Tagesaktuelle Vogel-Strauß-Politik angesichts der Umbruchszeit, bedienen der eigenen Klientel. Verengte Horizonte (mangelndes Wissen um elementare politische und rechtliche Sachverhalte als Grundlagen von „Demokratie“ und als Orientierungswissen für das eigene politische Handeln. Ja. Fehlende politische und rechtliche Bildung selbst bei vielen politischen „Verantwortungsträgern“ - erstaunliche Dummheit ua als Taubheit.) Alles miteinander - in Wirklichkeit schlimmer als die schlimmsten Klischees derselben. Ja aber, es ist doch vieles gut, funktioniert und ist als solches in Ordnung – alles halb so schlimm. Usw. usf.

Demokratische Diskurs und Politik zeichnen sich durch eine Moderatheit im Ton aus, keine Angstmachen, kein mit Angst Politik und Geschäft machen, sondern Politik gegen Angst (vor allem gegen unbegründete) machen. Unterscheidet sie und grenzt sie von autoritären Diskursen und Politiken ab, die verstärkt mit Angst operieren und sie schüren. Mit Emotionalisierung von Politik, Unsachlichkeit und Verdrehung der Fakten. Beschwören des Freund-Feind-Schemas und der Bedrohung durch Feinde. Was nicht schon heißt, demokratischer Diskurs und Politik würde gar keine Politik der Gefühle betreiben. Zu Stimmungslagen und Erzeugen von Stimmungen, Atmosphären und gesellschaftlichem Klima. Frage von Mischungsverhältnissen zwischen Verstand und Gefühl. Und einer Entscheidung, an andrer Stelle mehr.

Kein Zweck heiligt die Mittel. Mittel müssen legal, sprich rechtsstaatlich gedeckt sein. Angemessene Mittel, und das gelindeste Mittel muss eingesetzt werden. Kein Ausnahmezustandsrhetorik. Kein ihn herbeireden. Ausnahmezustand im politisch rechtlichen Sinn – die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen funktionieren noch und die Schutzmechanismen sind noch intakt und in Kraft.

Demokratische Diskurs und Politik (der sich als nicht extremer und extremistischer versteht, sondern eben als pluraler und den anderen hören und gelten lassen als toleranter - solange die demokratischen Spielregeln, der demokratische Rechtsstaat (als freiheitliche und demokratische Ordnung, als politische und rechtliche Herrschaft. Als Staatsmacht die sich grundlegenden Prinzipien verpflichtet „weiß“.) sowie die Menschenwürde und die Grundrechte akzeptiert und respektiert werden; Teil einer gemeinsamen Basis des menschlichen. Fragen.

Demokratische Diskurs und Politik, der sich den „Tabus“ und dem „unter den Teppich“ gekehrten nicht verschließt - dem Stoffwechsel von Demokratie und dem Verhältnis zum Ökonomismus. Die „westlichen Demokratien“ und ihre demokratischen Gesellschaften und Bevölkerungen („wir“) als die „größten“ Treiber der Verheerung des Planeten (gesellschaftliche Aufklärung diesbezüglich betreibt und zu diesem Zweck wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt und übersetzt, das ist bei der Komplexität der Sachverhalte und Situation einer modernen Gesellschaft und ihrer Interessen, die vor eine tiefgreifende strukturelle Transformation vor allem auch des Wirtschaftens und Lebens, unumgänglich)

Die zusehends „Aushöhlung von demokratischen Rechtsstaaten“ und „Schwächung des Vertrauens in demokratischen Institutionen als unter anderem und vor allem gerechten“ und „Ausnahmezustände“ produziert. Mittelbar und unmittelbar (die Verteilungskämpfe und Versicherungskämpfe und Sicherstellungskämpfe und Konflikte nehmen weltweit zu. Und politische grob vereinfacht zwischen demokratischem und autoritärem Denken und Fühlen, Handeln. Zu unterscheiden.

Und es ist eine „geschichtlich noch nie dagewesene Situation und Lage“ in der sich die „Menschen“ und die „Menschheit“ und das „Leben von Lebewesen“ auf diesem Planeten „befindet“. Das ist „von der Sache her“ durch die „höchsten Erkenntnisinstanzen der modernen Menschen, die Wissenschaften“ inzwischen „bestätigt“. Das ist eine rationale Erkenntnis. Und ist gemäß dem Wesen der modernen Wissenschaften eine „wissenschaftliche Wahrheit“, die immer nur eine provisorische ist. Solange bis sie widerrufen werden muss, widerlegt wird, sich als falsch erweist, als falsch erwiesen werden kann (vgl. Wissenschaftstheorie Falsifikationslehre von Popper und Kritik daran.) Und das heißt natürlich auch nicht, dass es keinen innerwissenschaftlichen Diskurs gibt, der seiner Natur – als seinem Wesen - nach kontroversiell geführt wird, ua darüber, wie die Erkenntnisse zustandekommen, was sie bedeuten bzw. was aus ihnen geschlussfolgert werden kann. Wie sie interpretiert werden können und was aus ihnen (begründbar, zu recht) abgeleitet werden kann und was nicht. usw. Usf. Zu Evidenz und Erfahrung.

Weder „Alarmismus“ noch „Beruhigung“ - im demokratischen Denken. Was bedeutet realistische Einschätzung der Gefahr? Was bedeutet realistische Einschätzung der demokratischen Beteiligung als einer ursächlichen an der „aktuellen Lage“ (planetar, global, national, regional, lokal)? Und sich auch der Gefahr und der doppelten Böden bewusst sein, die ein strapazieren und beanspruchen, das kein vereinnahmen in und zu einer Position darstellt, einer Etikette (Prädikat) wie „realistisch“ für sich bereithält.

Unter Austarieren zwischen einerseits Zuversicht und Hoffnung und ja zu leben, und auf der anderen Seite der Waagschale, die Negativität, das Schwere, Runterziehende, Bedrückende, Ohnmächtige... in und zwischen Strategien, um sich zu behaupten – um sich zu ertragen – um sich auszuhalten - um sich zu befrieden - um sich zu gewöhnen. Zum anderen in sich – zu einander. Weder Geschäft noch Politik mit der Angst - negativity bias – beides „muss“ und „soll“ aufhören. Samt kollektivem Geisterbahnfahren – und je nach Situiertheit im Parteienspektrum; Verleugnen von evidenzbasierten Fakten (in Österreich namentlich FPÖ) und Nicht-Anerkennen von Dringlichkeiten bzw. von strukturell notwendigem Änderungsbedarf auch der Struktur (in Österreich namentlich ÖVP, und, genereller gefasst, der parteiübergreifende Konsens bzgl. Wachstum. In diese Front bleibt ein Detail zu schlagen, Prüfung der Prämisse des Green Deal verlangen, unter Einbeziehung der Empirie und der ökologischen Wirtschaftsforschung; Näheres siehe Arbeitsgruppe Zukunft Ökonomie.)